

Energie-, Wirtschafts- und Umweltinteressen zusammenführen

Unterredung des Mouvement Ecologique mit Wirtschaftsminister Jeannot Krecké

Vor kurzem fand eine intensive Unterredung zwischen Wirtschaftsminister Jeannot Krecké, umgeben von Beamten seines Ministeriums, mit einer Delegation des Mouvement Ecologique statt. Zwei Themen dominierten die Diskussion: die Energie- sowie die Wirtschaftspolitik.

Erneuerbare Energien – auch ein Wirtschaftsfaktor

Im Energiebereich ging es vordringlich um die Förderung der erneuerbaren Energien. Der Mouvement Ecologique bedauerte erneut die Tatsache, dass die Förderreglemente nicht zügiger überarbeitet wurden, so dass nun ein Vakuum entstanden sei. Die Umweltgewerkschaft erwarte, dass endlich alle Berechnungszahlen auf den Tisch kommen um eine objektive Diskussion zu erlauben (Was kostet bzw. bringt welche Maßnahme? Welchen Impact hätte eine Umlagerung der Kosten auf den Strompreis?), sowie eine mittel- und langfristige Strategie in der Energiepolitik ausgearbeitet werde. Auch müsse endlich ein Runder Tisch mit allen Akteuren einberufen werden. Jeannot Krecké bedauerte seinerseits, dass die Reglemente nicht zügiger überarbeitet werden konnten. Allerdings wäre es schwierig gewesen, korrekte Berechnungen anzustellen, da unter der vorherigen Regierung die Datenlage nicht

optimal erstellt worden sei. Er stehe weiterhin hinter der Förderung erneuerbarer Energien, allerdings müssten die Prioritäten z.T. verstärkt auf eine rationelle Nutzung der Energie (Energieeinsparung) gelegt und bestimmte Missbräuche eingedämmt werden. Die Reglemente sollen schnellstmöglich weitergeführt und alle Daten offengelegt werden. Dann sollen im Laufe des kommenden Jahres Gespräche über die allgemeine Energiestrategie mit allen Akteuren stattfinden.

Liberalisierung des Strommarktes ökologisch gestalten

Weiteres Thema war die Liberalisierung des Strommarktes. Hier drängt der Mouvement Ecologique darauf, dass, sowie das Gesetz es ermöglicht, jeder Stromlieferant nach Luxemburg einen gewissen Anteil an erneuerbaren Energie in seinem Strom-Mix gewährleisten muss. Der Wirtschaftsminister zeigte sich offen, diesen Aspekt zu vertiefen. Darüber hinaus informierte der Minister die Vertreter des Mouvement Ecologique über die positive Entwicklung in Sachen Wärmeauskoppelung und -nutzung im Gas- und Dampfkraftwerk in Esch-Alzette.

Agence de l'Energie reformieren

Betreffend die Reform der "Agence de l'Energie", die im Koalitionsabkommen festgehalten wird, so ist diese nach Aussagen des Wirtschafts-

ministers noch nicht in Angriff genommen worden, da sie mit erheblichen budgetären Aufwendungen einhergeht. Der Mouvement Ecologique erachtet eine von den Akteuren im Strombereich unabhängige Beratungsstruktur in Luxemburg als eine Voraussetzung, um verstärkt in die Beratung und in innovative Formen des Energiesparens zu investieren.

Prospektion im Bereich Umwelttechnologien

Im zweiten Teil der Unterredung wurde generell über die Wirtschaftspolitik diskutiert. Der Mouvement Ecologique erneuerte seine Forderungen, dass Luxemburg eine Strategie brauche, wie es seine wirtschaftliche Entwicklung bzw. die Prospektionsbemühungen in Zukunft gezielter auf Betriebe im Bereich der Umwelttechnologien ausrichten könne (dies sei im übrigen auch im Koalitionsabkommen vorgesehen). Außerdem müssten endlich spezifische Förderprogramme für Betriebe im Umweltbereich erstellt werden, so wie das in anderen Ländern gang und gäbe sei. So z.B. gälte es im Vorfeld der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (die eine Erhöhung des Wasserpreises mit sich bringen wird) Betriebe zeitlich begrenzt und gezielt zu unterstützen, um wassersparende Innovationen in Betriebsprozessen in die Wege zu leiten.

Der Wirtschaftsminister unterstützt grundsätzlich die Idee, Luxemburg als Standort im

Bereich der Umwelttechnologien zu profilieren. Allerdings sei der Handlungsspielraum für die staatlichen Stellen begrenzt. Offen zeigte sich der Minister für die Idee der spezifischen Förderprogramme, wobei aber die EU-Vorgaben berücksichtigt werden müssten.

Plan für Aktivitätszonen

Ein weiterer Diskussionspunkt war die geplante Erstellung eines sektoriellen Planes für Aktivitätszonen. Der Mouvement Ecologique hob hervor, dass derzeit zahlreiche neue Zonen entstünden bzw. in Diskussion wären und somit dringender Handlungsbedarf bestehe. Man müsse in Erwartung des dringend notwendigen sektoriellen Planes kurzfristig einen Wildwuchs und die Schaffung vollendeter Tatsachen vermeiden. Der Minister gab an, dass die Ausarbeitung des Planes unter Federführung des Wirtschaftsministeriums erfolge, wobei den regionalen Aktivitätszonen eine prioritäre Bedeutung gegenüber kommunalen Zonen zukomme.

Findel legalisieren

Abschließend wurde die Findel-Problematik besprochen, wobei die Umweltgewerkschaft es erneut bedauerte, dass noch immer kein Dialog zwischen allen Akteuren gesucht werde und keine Fortschritte in Richtung einer Legalisierung der Flughafenaktivitäten erfolgen würden.

JA zu einer Partnerschaft zwischen Naturschutz und Landwirtschaft – NEIN zu einer repressiven Vorgehensweise



Kooperative Zusammenarbeit mit Landwirten bringt Erfolge – Repressive Vorgehensweisen seitens des Naturschutzes sind kontraproduktiv!

Am 8. Februar 2005 fand eine gemeinsame Unterredung zwischen Landwirtschafts- sowie Natur- und Umweltorganisationen statt, um aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang Landwirtschaft und Naturschutz zu diskutieren. An der Zusammenkunft nahmen teil: "Centrale Paysanne", "Fräie Lëtzeburger Baureverband", "Jongbaueren a Jongwënzer" und "Bauern-Allianz" sowie Lëtzeburger

Natur- a Vulleschutzliga" und Mouvement Ecologique.

Zur Debatte standen vor allem zwei Dossiers: Einerseits ein Interpretationsentwurf der Forstverwaltung betreffend Artikel 17 des Naturschutzgesetzes, der den Schutz einer Reihe von Lebensräumen u.a. im landwirtschaftlichen Bereich regelt bzw. entsprechende Genehmigungsprozeduren festlegt. Andererseits der Umsetzungsentwurf der EU-Agrarreform und im Besonderen die sog. "Cross-Compliance". Letztere regelt, unter welchen Bedingungen

Landwirte Prämien erhalten sollen, wobei in Zukunft eine wesentliche Abänderung erfolgt: Prämien werden weniger an die Produktion und verstärkt an

die Fläche gebunden, dies unter Beachtung einer Reihe umwelt- und naturschutzrelevanter Auflagen.

In einer Reihe von wesentlichen Punkten konnte ein Konsens zwischen Landwirtschafts- und Naturschutzverbänden festgestellt werden. So waren sich beide Seiten einig, dass die Landwirtschaft zusätzlich zur Lebensmittelproduktion eine wichtige Rolle zum Erhalt der natürlichen Umwelt hat. Um die bestehenden Initiativen noch auszubauen, so beide Seiten, wäre jedoch die derzeit von der Forstverwaltung vorgesehene repressive Art und Weise nicht nur nicht angebracht, sondern völlig kontraproduktiv.

Statt verstärkt auf eine Kooperation mit Landwirten zu setzen, werde die bestehende Akzeptanz für Naturschutz-Massnahmen in landwirtschaftlichen Kreisen durch eine rechtlich zweifelhafte Interpretation des Naturschutzgesetzes sowie die Umsetzung der "Cross-Compliance" in Luxemburg in Frage gestellt. Bisherige positive Projekte mit der Landwirtschaft könnten durch diese Interpretation stark beeinträchtigt werden.

Diese Vorgehensweise führe unweigerlich zu einer Polarisierung zwischen Naturschutz und

Landwirtschaft, die einer konstruktiven Zusammenarbeit letztlich schade.

Im Rahmen der Unterredung wurde im Detail über mögliche Alternativen zu den vorliegenden Entwürfen diskutiert, die geeignet wären, sowohl die natürliche Biodiversität in der Kulturlandschaft zu erhalten als auch die betriebswirtschaftlichen Interessen der Landwirte zu berücksichtigen.

Die Suche nach kooperativen Formen der Zusammenarbeit müsse vertieft werden, so die Naturschutz- und Landwirtschaftsorganisationen. Eine weitere gemeinsame Diskussion und Vorgehensweise in Zusammenhang mit den anstehenden politischen Entscheidungen werde ins Auge gefasst.

Centrale Paysanne; Fräie Lëtzeburger Baureverband, Jongbaueren a Jongwënzer, Baueren-Allianz, Lëtzeburger Natur- a Vulleschutzliga, Mouvement Ecologique

Allgemeine Informationen zur Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik:

www.europa.eu.int/comm/agriculture/capreform/index_de.htm
Übersicht über landwirtschaftliche Beihilfen in Zusammenhang mit der GAP-Reform (Service d'Economie Rurale Luxemburg):
www.ser.public.lu/beihilfen/index.html

"Mat e puer Analysen ass et nët gedoën ... "

SEBES-Panne wirft grundsätzliche Fragen auf

Die rezente Problematik der bakteriellen Verseuchung von Trinkwasser in Luxemburg wurde vom Innenminister als "kleiner Zwischenfall" bezeichnet, der letztlich gut gemanagt worden sei. In einer ersten Stellungnahme stellt der Mouvement Ecologique fest, dass diese "Panne" jedoch auch strukturelle Defizite in der Trinkwasserschutzpolitik aufzeigt. Im folgenden sei diese wiedergegeben. Mittlerweile wurde der Mouvement Ecologique beim Innenminister vorgestellt, um grundsätzlichere Aspekte der Wasserschutzpolitik zu thematisieren. Kurzfristig soll eine Unterredung stattfinden – De Kéisécker-Info wird berichten.

Gefordert wird vom Mouvement Ecologique eine grundsätzliche Debatte über die Trinkwasserschutzpolitik in Luxemburg. Diese vermisse man seit Jahren. Dabei gehe es nicht nur um eine mangelhafte Informationspolitik des Innenministeriums, die dazu geführt habe, dass die BürgerInnen und Medien erst mit einem zeitlichen Verzug von 6 Stunden über die Situation in Kenntnis gesetzt wurden.

In den vergangenen Jahren sei eine aus vielen Hinsichten problematische Zentralisierung der Trinkwasserversorgung vorangetrieben worden. Viele Gemeinden hätten aus unterschiedlichen Gründen ihre Quellen bzw. Quellenfassungen aufgegeben und sich an die SEBES an-

geschlossen. Dies habe dazu geführt, dass – laut Angaben des Wasserwirtschaftsamtes – lediglich 26 von den 118 Gemeinden noch über eine völlig autonome Trinkwasserversorgung verfügen würden, weitere 13 greifen, obschon sie am SEBES angeschlossen sind, zur Zeit (noch) auf eigene Quellen zurück. Der Mouvement Ecologique hebt hervor, dass diese massive Abhängigkeit von einer zentralen Versorgungsstruktur äußerst problematisch sei: die Konsequenzen einer schlimmeren Verseuchung oder Panne bei der SEBES seien aufgrund dieser Zentralisierung nicht auszudenken.

Diese Entwicklung, so der Mouvement Ecologique weiter, beruhe zudem nicht auf einer bewussten politischen Entscheidung, die aufgrund einer breiten Diskussion aller Akteure getroffen worden wäre. Eine langjährige Forderung der Umweltgewerkschaft sei, verstärkt die Wiederherstellung einer dezentralen Versorgung zu unterstützen und die Gemeinden anzuregen, ihre autonome Versorgung gegebenenfalls neben einem SEBES-Anschluss beizubehalten.

Die Abhängigkeit von einem einzigen Trinkwasserversorger führe nicht nur dazu, dass die

gemeindeeigenen Quellen nicht mehr genutzt, sondern de facto deren Einzugsgebiet auch noch kaum geschützt würde. So wären in den vergangenen Jahren kaum Trinkwasserschutzgebiete ausgewiesen worden, Landwirte würden nur in wenigen Fällen gezielt in diesem Bereich beraten und der Zustand der Quellen würde sich wegen dieser fehlenden Politik kontinuierlich verschlechtern.

Nicht tragbar sei aber des Weiteren, dass nach wie vor der sogenannte "Wasserfranken" nicht eingeführt worden sei. Dieser sollte dazu dienen, dass u.a. Stauseegemeinden und SEBES einen

verstärkten präventiven Gewässerschutz betreiben könnten. Die SEBES habe sich bisher ausschließlich als technische Wasser- aufbereitungsanlage gesehen, die nicht für präventiven Wasserschutz zuständig sei. Es würde der SEBES, so der Mouvement Ecologique, jedoch gut zu Gesicht stehen, ihre Statuten im Sinne eines präventiven Schutzes zu ergänzen.

Welcher Nachholbedarf in der Wasserwirtschaft bestehe, zeige aber auch die Tatsache auf, dass Luxemburg Defizite bei der Umsetzung bei der EU-Wasserrahmenrichtlinie habe. Luxemburg hätte 2004 einen ausführlichen Bericht über die weitere Wasserwirtschaftspolitik vorlegen müssen, dies sei, soweit bekannt, nicht erfolgt. Die Verlagerung der Kompetenzen vom Umweltministerium in das Wasserwirtschaftsamts habe nicht den gewünschten Erfolg gehabt.

Notwendig, so der Mouvement Ecologique, sei nun eine politische Debatte über Prioritäten und Zuständigkeiten in der Wasserwirtschaft Luxemburgs.



Integration von Umwelt-, Landwirtschafts- und Transportpolitik

Unterredung zwischen Umwelt- und Transportminister und Mouvement Ecologique

Rezent fand eine Unterredung zwischen Vertretern des Mouvement Ecologique und Umweltminister Lucien Lux sowie einer Reihe von Beamten des Umweltministeriums statt.

Naturschutz und Landwirtschaft: Kooperation statt Repression

Schwerpunkt der Versammlung war die Agrar-Reform und die damit verbundene Integration von Natur- und Umweltschutzaspekten (sog. "cross compliance"). Die derzeit von der Regierung zurückbehaltene Lösung spiegelt in den Augen der Umweltgewerkschaft in vielerlei Hinsichten einen repressiven Naturschutz wieder. Ursache dafür sei eine äußerst restriktive Interpretierung verschiedener Bestimmungen des Naturschutzgesetzes, welche sich letztlich kontraproduktiv auf das Zusammenwirken von Naturschutz und Landwirtschaft auswirken könne.

Der Mouvement Ecologique spricht sich dafür aus, dass Landwirte in erster Linie auf konstruktive Art und Weise für die Idee des Naturschutzes gewonnen werden. Mit der zurückgehaltenen langen Liste von Verboten

würden – so der Mouvement Ecologique – die Landwirte, die bis dato Anstrengungen im Bereich Naturschutz unternommen hätten, bestraft, alle anderen würden jedoch nicht motiviert, sich im Rahmen ihrer betrieblichen Möglichkeiten zu engagieren. Darüber hinaus würde der notwendige Kontrollaufwand unverhältnismäßig hoch werden.

Der Umweltminister zeigte sich offen für eine Debatte und informierte über die Absicht der Umwelt- bzw. Agrarkommission des Parlamentes über das Projekt zu beraten. Grundsätzlich optiere das Umweltministerium ebenfalls für einen strukturierten Dialog zwischen Landwirtschaft und Umwelt, dies im Sinne einer größtmöglichen gegenseitigen Akzeptanz. Entsprechende Gespräche würden in nächster Zeit stattfinden.

Zertifizierung Luxemburger Wälder

Ein weiterer Punkt, der während der Unterredung angesprochen wurde, ist die Zertifizierung der Wälder. Es gibt in diesem Zusammenhang zwei Labels, das FSC-Label, das von Naturschutzverbänden und Organisationen im Nord-Süd Bereich weltweit unterstützt wird und das PEFC-Label, das auf eine Initiative der

Waldbesitzer zurückgeht. Nachdem der Luxemburger Staat entschieden hat, Staatswälder nach beiden Labels zertifizieren zu lassen und das Umweltministerium die Klimabündnis-Koordination mit der Begleitung des FSC-Labels beauftragt hat, gälte es, so die Umweltgewerkschaft, nun Nägel mit Köpfen zu machen. Angeregt wurde, das Umweltministerium solle die FSC-Zertifizierung auch offensiv nach aussen vorantreiben. Auch solle geklärt werden, wie überhaupt eine Doppelzertifizierung machbar sei. Das Umweltministerium habe sehr deutlich für das FSC-Label optiert, so Lucien Lux, der beabsichtigt, demnächst die Gemeinden im Detail darüber zu informieren.

Erneuerbare Energien

Weiterer Gesprächspunkt waren die erneuerbaren Energien, wo der Minister ankündigte, in Bälde die entsprechenden Reglementsentwürfe vorzustellen und sie kurzfristig mit allen betroffenen Kreisen zu diskutieren.

Organisation des öffentlichen Transportes – Mobilitätszentrale

Was das Gesetz betreffend die Organisation des öffentlichen Transportes betrifft, so steht das

Transportministerium weiterhin zu dessen notwendigen Abänderung. Dennoch müsse das aktuelle Gesetz, das am 1. Januar dieses Jahr in Kraft trat, aus Respekt vor dem Gesetzgeber umgesetzt werden, auch wenn es kurzfristig im Sinne der u.a. von den Transportgewerkschaften und vom Mouvement Ecologique geäußerten Kritiken, abgeändert werden soll. Das vom aktuellen Gesetz vorgesehene Koordinierungsgremium des öffentlichen Transportes werde demnach eingesetzt, ein nahtloser Übergang im Sinne eines regelrechten Verkehrsverbundes werde jedoch gewährleistet.

Was die Mobilitätszentrale betrifft, so könne diese erst eingesetzt werden, wenn auch hier das Gesetz zum öffentlichen Transport real umgesetzt sei. Eine kurzfristige Einbeziehung u.a. des TICE und der Vereinigung der Busunternehmer (FLEA) in die Diskussionen sei geplant. Es bestünde auch Einvernehmen mit der Stadt Luxemburg, die Empfangszentrale nicht im Centre Aldringen sondern am Bahnhof und im Zentrum der Oberstadt einzurichten. Außerdem würden erste Vorarbeiten, z.B. auf der Ebene der Informatisierung der Fahrpläne, laufen.

Erfolg des Mouvement Ecologique – Gesetz über den freien Zugang von Informationen reformiert

Treue Leser des Kéisäcker-Infos mögen sich noch erinnern: vor Wochen setzte sich der Mouvement Ecologique mit Nachdruck für einen verstärkten Zugang der BürgerInnen zu Informationen im Umweltbereich ein.

Unter der vorherigen Regierung war in diesem Zusammenhang ein Gesetzesprojekt ausgearbeitet worden, das als mangelhaft anzusehen war. Einige Beispiele:

- Wie in "guten alten Zeiten" sollten Dokumente, die man anfragt, auf jeder Seite mit einem "Timber" versehen werden. Dies würde natürlich alle Beamten "erfreuen" und dazu beitragen, dass die Informationen nur mit Widermut erteilt würden.
- Eine pro-aktive Vorgehensweise war nicht vorgesehen: Staat und Gemeinden wurden nicht als Akteure gesehen, die sehr gezielt Informationen an die BürgerInnen weiterleiten sollten, sondern eher als solche, die auf Anfragen reagieren würden.
- Eine der wichtigsten Schwachstellen war aber, dass ein Rekurs gegen die Nicht-Erteilung einer Information weiterhin beim Verwaltungsgericht eingereicht werden müsste. Dies hätte einerseits Kosten mit sich gebracht (vor dem Verwaltungsgericht kann nur mit Anwalt geklagt werden) und andererseits hätten derartige juristische Prozeduren auch ihre Zeit gebraucht... Dabei sieht aber die EU-Direktive, die dem Gesetzesprojekt zu Grunde liegt, vor, dass ein derartiger Rekurs schnell und kostengünstig eingereicht werden muss. Eine Reformierung dieser Bestimmung drängte sich demnach auf.

Der Gesetzesentwurf kannte im Übrigen eine Reihe weiterer Schwachstellen, die an dieser Stelle nicht alle kommentiert seien.

Wesentlich ist nun: auch aufgrund der Stellungnahme des Mouvement Ecologique entschied sich die Umweltkommission der Abgeordneten-kammer – mit der Zustimmung des Umweltministeriums – für Abänderungen am Gesetzesentwurf. U.a. wurden die drei oben genannten Schwachstellen behoben. Dank eines Mouvement Ecologique und engagierter Mitglieder der Umweltkommission konnte damit ein recht gutes Gesetz ausgearbeitet werden, das sicherlich noch Schwachstellen zeigt (ab wann z.B. ist ein Dokument als öffentlich anzusehen?), jedoch sicherlich eine weitaus bessere Basis darstellt, als das unter der vorigen Regierung eingereichte.

Sobald das Gesetz definitiv in der Abgeordneten-kammer verabschiedet wurde, wird es auf der Internetseite des Mouvement Ecologique einsehbar sein.

Meyssembourg – es tut sich was

Mitte Dezember fand in der Gemeinde Larochette die öffentliche Prozedur zur Abänderung des Bebauungsplanes statt. Aus der Sicht des Mouvement Ecologique und zahlreicher BürgerInnen war vor allem das Gebiet von Meyssembourg von Interesse. Hier plant(e) (?) die Gemeinde die Umklassierung des Gebietes von einer Grünzone in eine sogenannte "zone différée". Was auf den ersten Blick vielleicht eher technisch aussehen mag, ist von grundsätzlicher Bedeutung. Denn während z.B. bei einer Grünzone der Umweltminister für jedwede Projekte eine Genehmigung erteilen muss, ist dies bei einer "zone différée" nicht mehr der Fall. Damit stünde einer Verwirklichung von diskutablen Projekten, wie z.B. eines elitären Golfplatzes in dieser einzigartigen Parklandschaft, nicht mehr viel im Weg. Interessierte können das Faltblatt – das vom Mouvement Ecologique zum Thema in der Gemeinde ausgeteilt wurde – sowie den Einspruch des Mouvement Ecologique auf der [homepage www.oekozen.lu](http://www.oekozen.lu) einsehen.

Fakt ist, dass über 700 Einzelpersonen Einspruch gegen die Umklassierung von Meyssembourg erhoben haben, davon sehr viele aus der Gemeinde Fels und der Nachbargemeinde Fischbach. Dieser Tage finden nun in der Gemeinde die mündlichen Anhörungen der BürgerInnen statt, die Einspruch erhoben haben.

Man darf gespannt sein, wie sich das Dossier weiterentwickeln wird. Wird die Gemeinde trotz der massiven Resistenz der Einwohner für die Umklassierung optieren? Oder aber wird die Chance des Konsenses genutzt und über eine sinnvolle Valorisierung nachgedacht? Wird endlich der Runde Tisch einberufen, der wiederholt vom Mouvement Ecologique eingefordert wurde?

Grüner Strom – ein Thema für die Gemeinden

Ab diesem Jahr können eine Reihe größerer Gemeinden und Betriebe aufgrund der Stromliberalisierung frei entscheiden, wo sie ihren Strom einkaufen. Sie sind nicht mehr obligatorisch an die CEGEDEL gebunden. Dies natürlich stellt diese Gemeinden vor die sehr grundsätzliche Frage: Welchen Strom soll ich in Zukunft einkaufen? Welchen Anteil sollen die erneuerbaren Energien am Strom, den ich importiere, haben? Werde ich beim Stromeinkauf darauf achten, dass der Lieferant bestimmte Kriterien erfüllt (z.B. kein Strom aus Atomkraftanlagen aus dem Ostblock, die sehr umstritten sind oder aber aus Cattenom) oder will ich als Gemeinde einfach nur "billigen Strom" einkaufen, um mein Budget zu entlasten? Der Mouvement Ecologique wird hierzu in den nächsten Wochen eine



ausführliche Stellungnahme ausarbeiten und den betroffenen Gemeinden zustellen.

Naturparke in Luxemburg

Rezente fand eine Unterredung zwischen Mouvement Ecologique und Vertretern der beiden Naturparke "Oewersauer" sowie "Ourdall" statt. Ziel der Diskussion war es u.a., über die unterschiedlichen Labels in den Naturparken zu diskutieren. Der Mouvement Ecologique erachtet weiterhin derartige - regionale Qualitätslabels als sehr sinnvoll, auch als Zwischenstufe der konventionellen Landwirtschaft und des Biolandbaus. Allerdings ist es unabhängig, dass auch bei regionalen Labels die Qualitätskriterien transparent sowie kontrolliert sind. Diesbezüglich ist der Mouvement Ecologique wiederholt darauf angesprochen worden, was denn Stand der Entwicklung der Labels in den Naturparken sei.

Die Vertreter der Naturparke verwiesen darauf, dass auch sie den Qualitätskriterien und der Kontrolle einen hohen Stellenwert einräumen würden. Derzeit befänden sich die Naturparke diesbezüglich in einer sehr intensiven Diskussionsphase: es werde versucht ein einheitliches Label für die unterschiedlichen Leistungen der Naturparke Luxemburgs in den verschiedenen Bereichen (Lebensmittel, Tourismus ...) zu erstellen. Dieser soll vom luxemburger Staat (durch das Innenministerium) offiziell unterstützt werden. Die Ausarbeitung der Kriterien stelle eine sehr große Herausforderung bzw. einen erheblichen Arbeitsaufwand dar. Allerdings würde eine derartige Arbeit eine sehr solide Basis im Sinne einer erhöhten Glaubwürdigkeit für die Naturparke und ihre Produkte geben.

Der Mouvement Ecologique begrüßt grundsätzlich eine derartige prinzipielle Vorgehensweise, allerdings müsse man auf absolute Transparenz achten und die Kriterien müssten breit diskutiert werden können. So z.B. wäre es fragwürdig, dass beim "Ourdallbeier" die Zutaten nur sehr begrenzt aus dem Ourdall kämen... Demnach: für konstruktiven Diskussionsstoff im Sinne der Naturparke und der regionalen Qualitätsprodukte ist gesorgt!

Tsunami: Hilfe für Indonesien

Der Mouvement Ecologique hat einem Aufruf von "Friends of the Earth" Folge geleistet und dem Indonesischem Umweltforum Walhi (FoE Indonesia) eine Spende von 750.- Euro für den Wiederaufbau der durch den Tsunami entstandenen Schäden überwiesen. Walhi / FoE Indonesia hat seinen Dank über die weltweite

Solidarität und die Spenden-zusicherungen ausgedrückt. In einer Stellungnahme macht FoE darauf aufmerksam, dass die industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Mangrovenwälder und die Korallenriffe zerstört hat, vor allem durch die Shrimp-Zuchtfarmen. Dadurch konnte die Flutwelle ungebremst ihre zerstörerische Kraft entfalten.

FoE schlägt vor, die Spenden für die dringenden Bedürfnisse der Überlebenden zu gebrauchen, ein Wiederaufbau müsse aber gut geplant werden, um eine ökologische und wirtschaftlich nachhaltige Weiterentwicklung zu erreichen. Die Einbeziehung der lokalen Bürgervereinigungen und Organisationen sei sehr wichtig, da diese die Situation vor Ort am besten kennen. Transparenz und Kontrolle sei nötig, damit die Gelder nicht in die Taschen der lokalen Elite fließen, auf Kosten der Armen und Ausgegrenzten. Die indonesische Regierung hat Anfang Januar den jährlichen Holzbau ohne ökologische Rechtfertigung um 400% gesteigert. Der Wiederaufbau und das gebrauchte Material müsse ökologisch sinnvoll sein und von den Leuten vor Ort gebilligt werden. Die Abwicklung der Hilfe sei schleppend, müsse besser organisiert und koordiniert werden.

FoE unterstützt die Forderung nach Schuldenerlass und der Einrichtung eines Frühwarnsystems. Die Küsten des indischen und des pazifischen Ozeans müssten umweltgerecht geschützt und gestaltet werden.

Details unter: www.eng.walhi.or.id

Energie – und Transportpolitik: D'Zäit ass komm, fir Neel mat Käpp ze maachen!

Eine Bilanz der ersten 150 Tage der neuen Regierung zu ziehen, dürfte schwer sein.

Im Dezember dieses Jahres allerdings bezog der Mouvement Ecologique kurz Stellung betreffend die allgemeine Regierungsarbeit.

Vor allem aber wurden in einem detaillierten Dossier zwei sehr konkrete Forderungen an den Umweltminister bzw. die gesamte Regierung gerichtet:

1. Kein Vakuum betreffend die erneuerbaren Energien zulassen

Der Mouvement Ecologique richtete erneut einen Appell an die Regierung, doch endlich mitzuteilen, wie es mit der Handhabung der erneuerbaren Energien in Luxemburg weiter gehen würde. Ein Vakuum über den Jahreswechsel hinaus wäre nicht zulässig, so im Dezember der Mouvement Ecologique. Dies aus ökologischer Sicht, aber auch da zahlreiche Arbeitsplätze von den Programmen abhängen. Des Weiteren forderte der Mouvement Ecologique eine langfristige Strategie in Sachen Energiepolitik.

Nun, Anfang Februar erst, wurde endlich ein Reglements-entwurf im Regierungsrat verabschiedet. Bis dato verfügt der Mouvement Ecologique noch nicht über den genauen Text – wir werden diesen aber wohl in den nächsten Tagen erhalten und ausführlich analysieren. Man darf hoffen, dass sich die Bearbeitung dieser Reglemente nicht erneut über Monate hinziehen wird und somit die unhaltbare Situation weiter Fortbestand haben wird.

2. Gesetz betreffend den öffentlichen Transport reformieren

Als zweiten Punkt thematisierte der Mouvement Ecologique den Gesetzestext betreffend die Organisation des öffentlichen Transportes. Gemäss diesem Gesetz sollen 5 Personen genannt werden, die über extrem weitgehende Vollmachten verfügen, was die Organisation des öffentlichen Transportes im ganzen Land betrifft. De facto könnten diese 5 Personen den gesamten öffentlichen Transport in Luxemburg bestimmen.

Das Gesetz ist mehr denn umstritten und im Koalitionsvertrag steht dann auch zu lesen, es würde reformiert. Allerdings soll es – so die Vorgaben im Gesetz – ab 1. Januar 2005 in Kraft treten.

Deshalb ging der Mouvement Ecologique – nachdem er bereits seit Monaten mit anderen Organisationen gemeinsam generelle Gegenvorschläge zum derzeitigen Text unterbreitete und einen regelrechten Verkehrsverbund forderte – so weit, dem Transportminister konkrete Abänderungen am Gesetzestext vorzuschlagen ... Dies ebenfalls mit dem Appell: das Gesetz muss sehr dringend reformiert werden, damit es in der Form niemals zur Anwendung kommen muss.

Bis dato aber erfolgte jedoch nichts! Es scheint, als ob das Gesetz trotzdem nicht umgehend reformiert werden und angewendet werden soll. Die versprochene Abänderung scheint noch in weiter Sicht. Würde das Gesetz jedoch nicht dringend abgeändert, so hätte diese Regierung ein sehr wesentliches Wahlversprechen missachtet! Es ist deshalb ein unverständlicher Vorgang für den Mouvement Ecologique, warum das Transportministerium nicht ab dem ersten Tag der Regierungsbildung an einer Abänderung des Gesetzes gearbeitet hat...

Im folgenden seien lediglich Auszüge aus der Stellungnahme des Mouvement Ecologique zum Thema Energiepolitik und öffentlicher Transport veröffentlicht. Die genaue Stellungnahme und die Abänderungsvorschläge am Gesetz können auf der homepage www.oekozeniter.lu eingesehen werden.

Der Mouvement Ecologique stellt fest, dass in diversen Ministerien (Bauten-, Wirtschafts- ...) die Bereitschaft zu einem Dialog besteht und vor allem auch der neue Umweltminister offen für eine dynamische Kooperation und ein Meinungsaustausch ist. Der Mouvement Ecologique begrüsst diese konstruktive Vorgehensweise. Als positive Elemente der jetzigen Arbeit wertet der Mouvement Ecologique u.a., dass:

- eine Entscheidung getroffen wurde, Luxemburger Staatswälder ebenfalls nach dem von allen Umweltorganisationen weltweit unterstützten FSC-Label zertifizieren zu lassen;
- die Aarhus-Konvention betreffend das Informationsrecht der BürgerInnen, das Klagerecht sowie die aktiven Beteiligungsmöglichkeiten an Planungsverfahren, endlich ratifiziert werden soll;
- unter dem Impuls des Ministeriums das erste Naturschutzforum Luxemburgs einberufen wurde, an dem alle relevanten Akteure im Naturschutzbereich teilnehmen;
- ein CO2-Reduktionsplan für Luxemburg in Auftrag gegeben wurde, d.h. dass endlich der Handlungsbedarf auch in unserem Land erkannt wurde und ein operationeller Aktionsplan entstehen soll, der konkrete Instrumente und Prioritäten benennen soll;
- auf der Ebene des Umweltministeriums und der Regierung die Bereitschaft besteht, einen unabhängigen Rat für eine nachhaltige Entwicklung einzusetzen, und diesen nicht mit Vertretern einzelner Interessensbereiche, sondern mit Persönlichkeiten aus der Gesellschaft zu besetzen.

Im folgenden bezieht der Mouvement Ecologique Stellung zu zwei besonders wesentlichen Dossiers, wo aus Zeitgründen umgehend politische Entscheidungen gefordert sind.

1. Strategische Energiepolitik voranbringen!

Die Forderungen im Energiebereich assen sich unter folgenden "Slogans" zusammenfassen (das Detail finden Sie in unserer ausführlichen Stellungnahme unter www.oekozeniter.lu). Denn es fehlt vor allem an einer klaren Strategie mit Prioritäten: In welchen Sektoren sollen die Prioritäten einer Förderung liegen? Welche Anlagentypen (Grossanlagen, Kleinanlagen, thermische oder Fotovoltaik...z.B.) sind besonders förderns- und anstrebenswert, auch angesichts finanzieller und Effizienzprioritäten? Welche Gewichtung soll es zwischen Massnahmen zur rationellen Energienutzung (Energieeinsparung) und z.B. der Förderung erneuerbarer Energien geben? Welche quantifizierbaren Ziele werden kurz- und mittelfristig angestrebt in punkto Energie-Einsparung, Umgestaltung des Strommix, Kyoto? Welche Marktentwicklungen sollen auch aus wirtschaftlicher Sicht unterstützt werden?

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique sind – immer im Kontext der Förderreglemente, die nun zur Debatte stehen – für eine solche Strategie folgende Elemente von zentraler Bedeutung:

- Klare bekennen zu energiepolitischen Zielen: Welche Einsparungen sollen erreicht werden? Wie stark soll die Altbausanierung vorangetrieben werden? Werden öffentliche Bauten noch energie-effizienter erstellt? Welche finanziellen Mittel sollen grundsätzlich zur Verfügung gestellt werden und welcher Impact diesbezüglich auf den Arbeitsmarkt angestrebt wird?...
- **Priorität auf der rationellen Nutzung von Energie bzw. dem Energiesparen!** Oberstes Ziel muss in Luxemburg endlich eine gezielte Politik auch im Bereich des Energieeinsparens sein. (u.a. überarbeiten der veralteten Wärmeschutzverordnung, Vorreiterrolle des Staates bei staatlichen Gebäuden...)
- **Förderung der erneuerbaren Energien weiterhin gewährleisten:** in der Förderung der erneuerbaren Energien liegen ökologische und ökonomische Chancen, deshalb sollten sie unbedingt weiterhin vom Staat unterstützt werden.
- **Energie-Beratung fördern:** Diese führt in Luxemburg noch immer ein Mauerblümchendasein, hier sollten neue Akzente gesetzt werden.

Schlussfolgerung

Deshalb schlägt der Mouvement Ecologique folgende Vorgehensweise vor:

- die bestehenden Reglemente im Energiebereich sollten ggf. in leicht abgeänderter Form während einem weiteren Jahr beibehalten werden
- während diesem Jahr sollte eine Evaluation der Verwendung der Gelder erfolgen (Gewichtung zwischen Energiesparen und Förderung diverser Energieformen)
- eine kohärente Strategie der zukünftigen Energiepolitik mit entsprechenden Prioritäten entwickelt werden
- ein runder Tisch zusammengerufen wird, im Rahmen dessen alle Akteure über die weitere Politik in diesem Bereich diskutieren
- die Kosten für den Einspeisetarif, so wie auch im Ausland üblich, auf den Strompreis verlagert werden und nicht mehr (ganz) zu Lasten des Staatshaushaltes gehen. Hier gilt es seitens der Regierung transparente Zahlen auf den Tisch zu legen, welchen Impact eine solche Verlagerung für einen Privathaushalt, einen mittelständigen Betrieb mit durchschnittlichem Energieverbrauch sowie für einen energieintensiven Betrieb haben würde.

2. Für die umgehende Abänderung des Gesetzesprojektes betreffend den öffentlichen Transport – für die Schaffung eines Verkehrsverbundes!

Betreffend das Gesetzesprojekt zur Organisation des öffentlichen Transportes gälte es folgende Initiativen zu ergreifen:

- Für ein Mehr an Effizienz im öffentlichen Transport – gegen rein kommerzielle Gesichtspunkte: Der derzeitige Gesetzestext legt in den Zielsetzungen des Gesetzes eine deutliche Priorität auf eine Organisation des öffentlichen Transportes, die vor allem privatwirtschaftlichen Kriterien Rechnung trägt. Obwohl die Effizienz wichtig ist, ist eine einseitige Orientierung auf den wirtschaftlichen Aspekt nicht sinnvoll. Die Zielsetzungen des Gesetzes sollten erweitert werden: der Verkehrsverbund muss ebenfalls die Steigerung der Kundenzufriedenheit, die Optimierung des Angebotes, die Erhöhung des "modal split" zu Gunsten der öffentlichen Transportmittel u.ä. zum Ziel haben.
- **Keine Planung ohne Beteiligung der betroffenen Akteure:** Gemäss Gesetz sollen fünf Personen genannt werden, die de facto die gesamten Geschicke des öffentlichen Transportes in Luxemburg leiten sollen. Fahrplangestaltung, Organisation des Angebotes, Vergeben von Aufträgen ... Das ist absurd. Der Verkehrsverbund sollte sich aus staatlichen Vertretern, allen wichtigen Akteuren aus dem Transportbereich sowie Vertretern der Planungsregionen gebildet werden.
- Für eine stärkere Einbindung und Aufwertung der Regionen und Gemeinden: Ausserdem sollte die Rolle der Regionen im Transportbereich aufgewertet werden (über regionale Konferenzen u.a.m.). Auch die Mobilitätszentrale konnte mit regionalen "Antennen" versehen werden.

Schlussfolgerung

- Aufgabe dieser Regierung ist es, umgehend ein Alternativprojekt zum jetzigen Gesetzesprojekt auf den Tisch zu legen, das eine grundsätzliche Neuorientierung vorsieht.
 - Damit das neue Gesetz auch die notwendige Akzeptanz bei allen Akteuren findet und evtl. Fehler ausgeräumt werden können, sollte vor der definitiven Verabschiedung des Textes eine "table ronde" mit allen Akteuren einberufen werden.
 - Für das Jahr 2005 sollten die erforderlichen Gelder für das Funktionieren des Verkehrsverbundes zur Verfügung gestellt werden.
 - Ebenso sollten umgehend die Vorarbeiten für die Mobilitätszentrale weitergeführt werden. So hindert nichts das Transportministerium daran, bereits jetzt dafür Sorge zu tragen, dass die Fahrpläne informatisiert werden u.a.m. Des Weiteren sollte die proaktive Suche nach einem besseren Standort für die Zentrale vorangetrieben werden.
- Die detaillierten Abänderungsvorschläge des Mouvement Ecologique an den einzelnen Artikeln des derzeitigen Gesetzestextes können per Gréngen Telefon 439030-1 nachgefragt werden. rt. 14.



Topsolar

Zenter 10 Joer äre Fachbetrieb



Schoul Heischend 10 kWp/80m2

- Iwer 300 Solaranlagen am ganze Land
- Gratis Devis a Berechnung vum Gewinn
- Interessant Finanzierung

TOPSOLAR SA 5, L-8838 WAHL
Tel 88 82 14 www.topsolar.lu

Flughafenausbau – Verantwortliche Stellen weiterhin auf Konfrontationskurs?

Bei so manchem Leser von Stellungnahmen zum Thema "Flughafenausbau" dürfte mittlerweile eine gewisse Müdigkeit oder Resignation eingetreten sein. Obwohl das Verwaltungsgericht den Staat bereits zweimal verurteilt hat, da die derzeitigen Aktivitäten

auf dem Flughafenareal de facto in der Illegalität stattfinden, tut sich kaum etwas. Nach wie vor erfolgt die Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften zum Schutz der Umwelt sowie der Anrainer nicht. Doch nun wird weiter munter ausgebaut auf dem Flughafen und Urteile des Verwaltungsgerichtes ignoriert...

Die Spirale dreht sich weiter: Anstatt, dass nunmehr die neue Regierung mit aller Konsequenz daran arbeitet, für das Flughafenareal eine Betriebsgenehmigung zu erstellen – so wie sie jeder kleine Betrieb in Luxemburg braucht – wird die bisherige Salami-Taktik weitergeführt! In der Periode vom 24. Dezember bis 7. Januar (!) lief die öffentliche Prozedur für die Genehmigung eines neuen unterirdischen Parkings von 4000 Plätzen. Dieser soll zum Teil in einer "zone agricole" bzw. einer "zone verte" errichtet werden... absolut im Widerspruch zu jedem Gesetz. Während sogar ein Landwirt in diesen Zonen mit



strengen Auflagen rechnen muss, scheint das Flughafenareal ein rechtsfreier Raum zu sein.

Mouvement Ecologique und seine Regionalen sowie die Interessensvereine kommen deshalb nicht daran vorbei, erneut auf diese untragbare Situation aufmerksam zu machen

und sich gegen die Erteilung der Genehmigung unter diesen Voraussetzungen auszusprechen.

Der Mouvement Ecologique sowie die Interessensvereine rufen die neue Regierung auf:

- endlich einen Runden Tisch einzusetzen, in dem konstruktiv zwischen allen Akteuren über die Entwicklung des Flughafens diskutiert wird;
- das Flughafenareal in Einklang mit den Luxemburger Gesetzen zu bringen und die Urteile des Verwaltungsgerichtes zu berücksichtigen. Dies heisst im Klartext: Erstellung einer Gesamt-Betriebsgenehmigung sowie Überarbeitung des derzeitigen Flächennutzungsplanes.

Mouvement Ecologique; Mouvement Ecologique, Regionale Contern-Sandweiler-Schëtter; Mouvement Ecologique, Regionale Luxembourg-Stadt; Syndicat d'Intérêts Locaux Hamm-Polfermillen; Syndicat d'Initiative et d'Intérêts Locaux Sandweiler



Klimabündnis: Bericht der Umwelt-Koordination 2004

Bekanntlich begleitet der 'Mouvement Ecologique' die Klimabündnisgemeinden bei den Aktionen im Bereich 'Umwelt'. Dazu gehören vor allem Aktionen in den klimarelevanten Bereichen 'Energie' und 'Verkehr'. Der Arbeitsbericht der Umwelt-Koordination für das Jahr 2004 liegt nun vor und kann auf der homepage www.klimabuendnis.lu eingesehen werden.

Die Arbeit der nationalen Koordination besteht darin, den Klimabündnisgemeinden Aktionen und Projekte vorzuschlagen, einen Informationsaustausch zwischen den Gemeinden zu organisieren und gemeinsame Aktionen aller Gemeinden zu planen. Daneben hält die nationale Koordination den Kontakt zum internationalen Klimabündnis und den Nationalkoordinationen in anderen europäischen Ländern.

Herausragend waren 2004 folgende Aktionen:

- Memorandum der Klimabündnisgemeinden zum nationalen Klimaschutz
- Verschiedene Angebote im Bereich ENERGIESPAREN und BAUEN
- Klima-Spill: Eine Ausstellung zum Energie-Alltag eines Haushaltes
- Klima-Check / Persönliche CO2-Bilanz für Haushalte
- Konferenz zu den Auswirkungen der Klimaänderungen in Europa

Jahresmitgliederversammlung des Internationalen Klimabündnis am 24. und 25. Mai 2005 in Luxemburg

Die Mitgliederversammlung des Internationalen Klimabündnis 2005 findet in Luxemburg statt und die Stadt Luxemburg ist Gastgeberin. Neben einer Reihe von interessanten Konferenzen werden Workshops zu verschiedenen Themen sowie eine Vorstellung von herausragenden Aktionen der Klimabündnisgemeinden Luxemburgs und in Europa das Programm dieser Mitgliederversammlung darstellen. Neuerdings gibt es mit Camille Gira, Bürgermeister von Beckerich, ebenfalls ein Luxemburger Mitglied im Vorstand des internationalen Klimabündnis.



FSC-Zertifizierung Luxemburger Wälder: Klimabündnis übernimmt nationales FSC-Sekretariat

Nachdem die Regierung entschieden hat, dass die staatlichen Wälder nach den Labeln FSC und PEFC zertifiziert werden, wird 2005 auch für die Gemeinden ein entscheidendes Jahr werden. Aus der globalen Verantwortung heraus sind die Klimabündnisgemeinden dazu aufgefordert, ihre Wälder nach dem FSC-Label zu zertifizieren.

Das FSC-Label mit den drei gleichberechtigten Kammern (Ökonomie-Waldbesitzer, Ökologie-Naturschützer, Soziales-Waldarbeiter/Waldnutzer) ist aus mehreren Gründen vorteilhaft für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, die nicht allein auf Holzertrag, sondern auch auf die anderen Aspekte des Waldes eingeht: Naherholung, Freizeit, Naturschutz. Das

Klimabündnis übernimmt in einer Anfangsphase die Aufgabe zur Organisation einer nationalen Struktur und der Ausarbeitung der Luxemburger FSC-Standards. Das Umweltministerium hat das Klimabündnis für diese Aufgabe anerkannt. In Kürze wird eine Informationsversammlung für alle Gemeinden zum Thema FSC organisiert.

Weitere Informationen zum FSC-Label erhalten Sie auf Anfrage . Tel.: 43 90 30 26

Klimabündnis Lëtzebuerg

Klimaschutz 'vun ënnen'

Das Klimabündnis mit mehr als 1200 europäischen Städten und Gemeinden hat sich die Halbierung der CO2-Emissionen bis zum Jahre 2010 und die Unterstützung der Völker des Regenwaldes zum Ziel gesetzt.

Im 'Klimabündnis Lëtzebuerg' unterstützen sich zur Zeit 20 Gemeinden und die Nichtregierungsorganisationen 'Action Solidarité Tiers Monde' und 'Mouvement Ecologique' gegenseitig bei ihren Bemühungen um Klimaschutz auf kommunaler Ebene.

www.klimabuendnis.lu
klimab@oekozen.lu
Tel. : 43 90 30 26

Projekt einer neuen Verbindungsstraße "Bürgerkräiz – Alzettetal"

Zu diesem Thema organisierte der Mouvement Ecologique "Regional Uelzechtdall" am 14. Dezember 2004 in Walferdingen eine Informationsversammlung für seine Mitglieder.

Vorgeschichte und Projektbeschreibung:

Schon vor Jahren wurde von der Gemeinde Walferdingen eine neue Straßenverbindung zwischen "Bürgerkräiz" und der RN7 gefordert. Anfangs sollte die Straße in Bereldingen gegenüber dem Gelände "früherer Garage Bouquet" auf die Hauptstraße münden. Ein neues Projekt wurde jetzt den Gemeinden Steinsel und Walferdingen zur Stellungnahme vorgelegt. Die neue Trasse führt vom Kreisverkehr Bürgerkräiz zwischen den Ortschaften Bereldingen und Steinsel vorbei um dann an die bestehende Straße der Industriezone in Steinsel anzuschließen. Von dort führt die Trasse zum bestehenden Kreisverkehr "Industriezone Steinsel" und dann weiter über die Alzettebrücke zum geplanten Kreisverkehr "AGRI-LUX". Die bestehende Straße CR 123 zwischen Bereldingen und Steinsel wird durch einen "Echangeur" an die neue Straße angeschlossen.

Die Straße soll dreispurig ausgelegt werden, hangaufwärts ist eine Kriechspur für die LKW's vorgesehen. Nach Inbetriebnahme der neuen Verbindung soll die Straße Steinsel – Bridel für jeglichen Verkehr gesperrt werden. Die "rue de Bridel" und die Straße Bereldingen – Steinsel sollen für LKW's gesperrt werden.

Die Argumente seitens der Bauverwaltung für das Straßenbauprojekt sind:

- Die aktuelle Verbindungsstraße "rue de Bridel" weist teilweise ein sehr starkes Gefälle auf und stellt damit eine große Unfallgefahr dar z.B. beim Versagen der Bremsen von Lastkraftwagen.
- Lärm- und Abgasbelästigung der Anwohner der "rue Bechele" und der "rue de Bridel" und der Hauptstraße N7 im Bereich zwischen Banque Générale und Agrilux.
- Anbindung der, in der Projektbeschreibung als "national" bezeichneten, Industriezone von Steinsel an das "internationale" Straßennetz.

Verkehrszählungen aus dem Jahr 2001 belegen eine enorme Zahl an PKW- und LKW-Bewegungen auf den bestehenden Straßen.

Anhand dieser Verkehrszahlen wird im vorliegenden Projekt eine Verkehrsumlegung auf die neue Situation prognostiziert.

Zu diesen Zahlen drängt sich die Bemerkung auf, dass die Verkehrsuntersuchung zu der Zeit der Renaturierungsarbeiten der Alzette in Walferdingen gemacht wurde, während der viele LKW's zwischen Bauschuttdeponie Bürgerkräiz und Walferdingen zirkulieren.

Aussagen in der IVL - Studie zu dem Straßenbauprojekt:

"...Aus landespflegerischer Sicht hat der Raum westlich Walferdange / Bereldange eine sehr große Bedeutung, sowohl für das Landschaftsbild und die Erholungseignung als auch für den Arten- und Biotopschutz. Große Teile sind als Flora-Fauna-Habitat- und Quellenschutzgebiete ausgewiesen..."

"Damit ist dieses Straßenbauvorhaben landespflegerisch als sehr kritisch zu beurteilen..."

Kritikpunkte, welche in der Informationsversammlung aufgeworfen wurden

- Das Projekt ignoriert die IVL Studie, welche vorsieht, dass Straßenneubauten auf interministerieller Ebene regional geplant werden sollen, wobei Landesplanungs-, Landschaftsschutz- und Verkehrs-Gesichtspunkte einfließen. Weiterhin soll nach den Ideen des IVL ein Teil des Verkehrs durch die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel abgedeckt und der verbleibende Individualverkehr durch Maßnahmen von intelligentem Mobilitätsmanagement reduziert werden, bevor zusätzliche Straßen gebaut werden. Ist nach IVL ein Ausbau der Industriezone in Steinsel gewünscht ?

- Das Straßenbauprojekt stellt eine Einzelmaßnahme dar, welche keine Lösung für den Verkehr auf der Hauptstraße zwischen AGRILUX und Echangeur Lorentzweiler der Nordstraße bietet. Im Gegenteil bringt diese "komfortable" Straße mehr Verkehr in das Alzettetal. Dies

Mamer et de l'Eisch". Die Verwirklichung des vorliegenden Projektes würde nach Aussage der Impaktstudie das (vorgeschlagene) Landschaftsschutzgebiet in Frage stellen.

- Weiterhin geht die Trasse an andern Stellen durch ein Landschaftsschutzgebiet und durch die Zone 3 eines Quellenschutzgebietes. Einige Biotop-gebiete. Einige Biotop-gebiete, wie z.B. die Gipsweier, werden in ihrer Qualität abnehmen. Die Planung müsste den bestehenden Biotopkartierungen und den Grünplänen Rechnung tragen.
- Durch die Bodenversiegelung kommt es bei Niederschlägen zu einer schnell abfließenden und erhöhten Wassermenge, welche zu einer Verschärfung der Hochwasser Gefahr führen kann.
- Sehr beängstigend ist, dass auf Wunsch des Auftraggebers der Impaktstudie, die Auswirkungen von Lärm und Schadstoffen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen nicht untersucht wurden.

Fazit aus der Sicht des Mouvement Ecologique

Déi geplangten Verbindungsstrooss "N7 – Steesel – Bürgerkräiz" zerstört wertvollen Erhuelungsraum, verlagert méi Verkéier a Wuwegbidder an ignoréiert d'IVL – Étude.



Mouvement Ecologique asbl.

Oekozenner Lëtzebuerg
6, rue Vauban
L – 2663 Luxembourg
Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43
e-mail: meco@oekozenner.lu
www.oekozenner.lu

Einzelmitgliedschaft: 40 € – Haushaltsmitgliedschaft : 60 € – Für Studenten und Arbeitslose: 20 € – Schnuppermitgliedschaft (auf ein Jahr beschränkt): 20 €

Kontonummer:
CCP IBAN LU16 1111 0392 1729 0000,
BCEE IBAN LU20 0019 1300 1122 4000

Der Mouvement Ecologique ist eine parteipolitisch neutrale und unabhängige Umweltschutzorganisation mit zahlreichen ehrenamtlich engagierten BürgerInnen. Durch eine Mitgliedschaft oder die Anwerbung von MitgliederInnen können Sie die kritische, engagierte und unabhängige Arbeit des Mouvement Ecologique und die Realisierung seiner Zukunftsvisionen für eine lebenswerte Gesellschaft von Morgen unterstützen.



Start des LEADER+ Kooperationsprojektes "Holzenergie"

Unter dem Impuls der "Ökologischen Landwirtschaftsberatung" haben der Zweckverband Knüllgebiet (Land Hessen/D) sowie der Naturpark Our zu dem grenzüberschreitenden Projekt "Holzenergie" zusammengeschlossen. Vom 3. bis 5. Februar 2005 fand ein erstes Treffen zwischen den Partnern dieses Projektes im Naturpark OUR statt, wobei die genauen Inhalte des Kooperationsprojektes definiert wurden. Die zurückbehaltenen gemeinsamen Maßnahmen sollen dann 2005 und 2006 umgesetzt werden.



Die Partner an diesem grenzüberschreitenden Kooperationsprojekt streben eine verstärkte Nutzung des heimischen Bioenergeträgers "Holz" an. Durch die nachhaltige Nutzung der regional verfügbaren Ressource "Holz" soll ein wirtschaftlicher und ökologischer Mehrwert für die jeweiligen Regionen (Our, Knüll) geschaffen werden. Durch die energetische Nutzung von Holz in privaten, gewerblichen und kommunalen Heizungsanlagen soll die Nachfrage nach

Holz angeregt werden. Parallel soll an einer einwandfrei funktionierenden Holzlogistik gearbeitet werden. Hierbei sollen System-Modelle für die verschiedenen Holzenergeträger (Hackschnitzel, Pellets, Scheitholz) erarbeitet werden. Eventuell bestehende Hemmnisse sollen möglichst beseitigt werden.

Thema des Treffens im Naturpark Our waren aber auch Maßnahmen im Bereich der Information, Werbung, Qualifizierung (Aus- und Weiterbildung) sowie der verstärkten Kooperation auf den verschiedenen Ebenen (Waldbesitzer, Forstunternehmen, Kommunen, staatliche Verwaltungen, usw.), wobei den modernen Informationsmedien eine bedeutende Rolle zukommen soll.

Qualität des Trinkwassers

Dass die Stiftung Öko-Fonds sich nicht erst rezent mit der Trinkwasserproblematik beschäftigt, ist nichts Neues. Neu ist nur die Erfahrung vieler Einwohner, dass es nicht selbstverständlich ist, jederzeit auf hygienisch einwandfreies Leitungswasser zurückgreifen zu können.

Die Stiftung Öko-Fonds arbeitet im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit den "Jongbauern a Jongwënzer" bereits seit Jahren im Bereich Quellen- und Trinkwasserschutz.

Es ist bekannt, dass die Landwirtschaft einer der Hauptverursacher des steigenden Nitratgehalts im Wasser ist. Es wäre aber unfair die Landwirte als Alleinverantwortliche darzustellen. Immer mehr Landwirte sind sich der Problematik bewusst und sind bereit, an der Lösung der Trinkwasserproblematik mitzuwirken. Durch extensivere Bewirtschaftungsmethoden entsteht aber oft ein Mehraufwand mit eventuellen Ertragsrückgängen, also zusätzliche Kosten für gutes Trinkwasser, für die der Landwirt von der Allgemeinheit entschädigt werden muss.

Durchaus positive Ansätze gab es in der Gemeinde Redingen, wo Landwirte über Jahre hinweg von dem ökologischen Landwirtschaftsberater der Stiftung Öko-Fonds fachlich unterstützt wurden. Bis zu 86% der bewirtschafteten Flächen (306 ha von 355 ha) der betroffenen Quelleneinzugsgebiete konnten bis zum Projektende in das Projekt einbezogen werden. Insgesamt 29 Landwirte beteiligten sich auf freiwilliger Basis an dem Projekt.

So konnten die durchschnittlichen Reststickstoffwerte im Boden nach der Ernte von 84 kg NO3-N/ha (im Jahre 1995) auf 38 kg NO3-N/ha (2001) gesenkt werden. Einen wesentlichen Beitrag hierzu lieferte das Grünland, dessen Anteil in den Quelleneinzugsgebieten um bis zu 10 % gesteigert werden konnte. Durch die extensiveren Bewirtschaftungsformen konnte insgesamt wesentlich weniger gedüngt werden.



Bei einem anderen Projekt in der Gemeinde Lintgen stehen 100% der Flächen aus dem zu betreuenden Quelleneinzugsgebiet unter Kontrakt. Die Landwirte konnten die vorgegebenen Zielwerte an Reststickstoff bisher noch jedes Jahr einhalten. Das Projekt gab auch einigen Landwirten den Anreiz, sich an einem Biodiversitätsprogramm entlang der Alzette zu beteiligen und es wurde eine neue Hecke angepflanzt.

Es ist schwierig mit einer Vielzahl von Beteiligten (Gemeinden, Trinkwassersyndikaten, Landwirten, usw.) in mühsamer Kleinarbeit kurzfristige Resultate aufzuzeigen. Es wäre aber falsch, diese mittel- und langfristigen Bemühungen, im Sinne von mehr lokalem und regionalem Quellenschutz nicht weiterzuführen. Verstärkte politische und finanzielle Unterstützung auf kommunaler und nationaler Ebene für ökologische Konzepte im Trinkwasserschutz dürften ab jetzt wohl noch kaum in Frage gestellt werden.

Das Öko-Zenter Luxemburg wird sich verstärkt in diesem Sinne bei den politischen Verantwortungsträgern einsetzen.

REACH – die zukünftige Chemikalienpolitik der EU

Derzeit wird in der Europäischen Union ein Entwurf für eine Chemikalien-Verordnung diskutiert. Das Gesetz wird die Registrierung, Bewertung und Zulassung von chemischen Stoffen umfassen und ist als REACH bekannt. REACH (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) soll die Lücken in unserem Wissen über chemische Stoffe schließen, Hersteller dazu verpflichten, den Nachweis für die unbedenkliche Verwendung von chemischen Stoffen zu erbringen, und die Verwendung der gefährlichsten chemischen Stoffe streng reglementieren oder sogar untersagen.

D.h. alle Hersteller und Importeure jener chemischen Stoffe müssen diese bei einer zentralen Agentur registrieren lassen und Daten über die Eigenschaften und die Verwendungszwecke der chemischen Stoffe bereitstellen. Diese Informationen werden ausgewertet, und die am Meisten Besorgnis erregenden gefährlichen Stoffe werden als zulassungspflichtig eingestuft. Etwa 1.500 chemische Stoffe könnten in diese Zulassungskategorie fallen.

Umweltschutzorganisationen treten für die Umsetzung der folgenden Punkte in REACH ein:

- **Verpflichtung, die Verwendung von chemischen Stoffen auslaufen zu lassen**, die sich im Menschen, im Wildtierbestand oder in der Umwelt akkumulieren, die Auswirkungen auf unser Hormonsystem haben oder Krebs verursachen. Der beschränkte Einsatz solcher chemischer Stoffe sollte nur mit zeitlicher Einschränkung erfolgen, wenn keine ungefährlicheren Alternativen zur Verfügung stehen.
- **Volles Recht auf Information**, so dass Konsumenten und Unternehmen die mit der Verwendung eines chemischen Stoffes verbundenen Risiken abschätzen können, inklusive Information über alle gefährlichen chemischen Stoffe, die in einem Produkt enthalten sind; und

- **Verpflichtung dass Produkte**, die in die EU importiert werden, denselben Sicherheitsstandards entsprechen müssen wie jene, die in der EU erzeugt werden.

Diese Punkte sind in dem derzeitigen Gesetzesentwurf für REACH nicht voll enthalten. So hat beispielsweise ein Schlupfloch in dem Zulassungssystem zur Folge, dass einige der gefährlichsten chemischen Stoffe weiterhin uneingeschränkt verwendet werden könnten, auch wenn es alternative Stoffe gäbe.

Um gezielte Lobbyarbeit leisten zu können und um das Netzwerk der engagierten NGO's zu stärken, organisierte Friends of the Earth Europa, in welchem der Mouvement Ecologique Mitglied ist, einen Workshop zum Thema REACH. ÖkoZenter Lëtzebuerg und Mouvement écologique waren dort vertreten durch seine Umweltberaterin Julia Gregor.



Um uns auch in Luxemburg aktiv an der Lobbyarbeit zu beteiligen, wollen wir eine Arbeitsgruppe gründen, in der nationale Organisationen zusammenarbeiten. Das Ziel der Arbeitsgruppe wird es sein, die Standpunkte der verschiedenen teilnehmenden Organisationen zu vereinen und ein gemeinsames Positionspapier auszuarbeiten. Außerdem soll gezielte Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, um über das Gesetz und seine Auswirkungen zu informieren.

Wenn Sie Interesse an der europäischen Chemikalienpolitik haben und vielleicht auch noch über ein gewisses chemisches Grundwissen verfügen, würden wir uns freuen, wenn Sie sich aktiv an der Arbeitsgruppe beteiligen würden. Melden Sie sich bitte bei Julia Gregor unter 439030-44. I

Interessante Links zu diesem Thema sind:
www.chemicalreaction.org
www.bund.net/bundgegengift
www.eeb.org/activities/chemicals/Index.ht

Imprimerie Linden s.à.r.l., Luxembourg



Gemeinnützige Stiftung Öko-Fonds

Ökozenter Lëtzebuerg
 6, rue Vauban
 L-2663 Luxembourg
 Tel.: 43 90 30-40 / Fax: 43 90 30-43
 e-mail: oeko-fonds@oekozeniter.lu
www.oekozeniter.lu
 CCP IBAN LU96 1111 0734 1886 0000
 BCEE IBAN LU31 0019 1100 4403 9000

"Eppes un d'Rulle bréngen"

Die Stiftung Öko-Fonds führt wichtige Pilotprojekte für eine zukunftsfähige Gesellschaft durch, die vor allem von Spenden finanziert werden. Spenden ab 123,94 € pro Jahr können vom steuerbaren Einkommen abgesetzt werden (Kumulierung mit anderen Spenden möglich). Informationen über aktuelle Projekte können zu jeder Zeit gerne nachgefragt werden.